



CHRONIK

NS-Wiederbetätigung: Diversion für Lugner

Die Staatsanwaltschaft Wien hat ein Ermittlungsverfahren wegen NS-Wiederbetätigung gegen Gemeinderat Leo Lugner (FPÖ) geführt. Er hat eine Diversion angenommen und leistet 160 Stunden gemeinnützige Arbeit. Lugner sah am Dienstag „unüberlegte Aussagen“.

Online seit heute, 11.51 Uhr (Update: 14.37 Uhr)

Teilen

APA/Helmut Fohringer

Zunächst hatte „Der Standard“ über die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Wien berichtet. Wegen des Verdachts der NS-Wiederbetätigung kam es auch zu einer Hausdurchsuchung und Auswertung von Chats. Ermittelt wurde seit 2022, als Lugner noch kein Mandat im Wiener Gemeinderat hatte, sondern Sprecher der Wiener FPÖ war. Als Wiener Gemeinderat ist Lugner gegen Strafverfolgung immun.

Soziale Netzwerke vollständig anzeigen

160 Sozialstunden und Bitte um Entschuldigung für frühere Chat-Nachrichten



Vor neun Jahren habe ich in einem privaten Chat unüberlegte Aussagen gemacht – etwa die Anspielung auf Eiernockerl am 20. April. Solche Äußerungen würde ich heute keinesfalls wiederholen. Sie hätten...

— Leo Lugner (@LeoLugner) 1. September 2026

„Vor neun Jahren habe ich in einem privaten Chat unüberlegte Aussagen gemacht – etwa die Anspielung auf Eiernockerl am 20. April (Die Anspielung auf die vermeintliche Lieblingsspeise Adolf Hitlers an dessen Geburtstag gilt als rechtsextremer Code, Anm.). Solche Äußerungen würde ich heute keinesfalls wiederholen. Sie hätten niemals fallen dürfen, auch nicht im privaten Rahmen eines Chats“, meinte Lugner am Dienstagnachmittag auf der Plattform „X“.

Weiters kündigte er an, die 160 Stunden gemeinnützige Arbeit verlässlich leisten zu werden. „Mir ist es wichtig zu betonen: Ich verurteile die Ideologie des Nationalsozialismus sowie die Verbrechen des NS-Regimes aufs Schärfste“, so der FPÖ-Politiker. Inkriminiert waren laut dem Bericht mehrere Chats, in denen Ermittler den Tatbestand der Wiederbetätigung erfüllt sahen.

Recherchen zu Verbindungen von FPÖ und Identitären

Laut „Der Standard“ sind die Vorwürfe gegen Lugner im Zuge der Recherchen über Verbindungen zwischen der Freiheitlichen Jugend (FJ) und den Identitären aufgetaucht. Dabei soll nationalsozialistisches Gedankengut geteilt worden sein.

Kritik kam am Vormittag von SPÖ, NEOS und Grünen. Bürgermeister Michael Ludwig (SPÖ) forderte in einer Aussendung die Aufklärung der Vorwürfe, Ludwig zufolge „braucht es eine klare und unmissverständliche Haltung gegen jede Form des Rechtsextremismus“.

Judith Pühringer, Vorsitzende der Wiener Grünen, forderte per Aussendung den Rücktritt Lugners: „Für dieses Gedankengut kann es im Wiener Rathaus keinen Platz geben.“ Auch Thomas Weber (NEOS) forderte einen Rücktritt: „Eine Hausdurchsuchung, ausgewertete Chats und ein Diversionsangebot der Staatsanwaltschaft sprechen eine klare Sprache. Es geht hier um den Verdacht der NS-Wiederbetätigung und Wien braucht keine Mandatare, die sich dem aussetzen.“

red, wien.ORF.at

Link:

- „Der Standard“-Artikel

Zurück zur Startseite